

„Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement“

Replik auf die Rezension von Klaus Selle in Raumforschung und Raumordnung (2010) 68:519-521

Enrico Gualini

Online publiziert: 11. Januar 2011
© Springer-Verlag 2011

Die Thematisierung der Zivilgesellschaft im stadtentwicklungspolitischen Diskurs erfährt zurzeit bedeutende Wendungen. Angesichts dessen können sich fachliche Diskussionsbeiträge an zwei grundsätzlich unterschiedliche Haltungen anlehnen: einerseits, indem sie auf konsolidiertes Wissen aufbauen, andererseits, indem sie auf weiterführende Fragen verweisen. Ein wahrer Erkenntnisgewinn besteht wahrscheinlich gerade in einer kritischen Kombination beider Haltungen. Wenn aber eine Rezension aufgrund einer pauschalen und weitgehend missverständlichen Lesart einen Diskussionsbeitrag kritisiert, der letzteres anstrebt, dann wird eine fruchtbare fachliche Auseinandersetzung beeinträchtigt. An dieser Stelle sollen daher einige Klarstellungen zu unserem von Klaus Selle in der vergangenen Ausgabe dieser Zeitschrift besprochenen Sammelband erfolgen.

Klaus Selle vertritt die Auffassung, es wäre primäre Aufgabe eines Forschungsbeitrages, genaue Definitionen des Gegenstandes „Zivilgesellschaft“ zu liefern. Ausgehend von Bemerkungen im zitierten Band zur Vielschichtigkeit und Mehrdeutigkeit des Zivilgesellschaftsbegriffes in Hinsicht auf Übertragungen auf konkrete politische Aktionsfelder (Beitrag Gualini, S. 5), wird den Herausgebern vorgeworfen, nicht „zu tragfähigen Begriffen zu kommen“, die eine „auf klare Definitionen gestützte Forschung“ in der Stadt- bzw. Raumentwicklung ermöglichen würden. Zwei weitere Gründe werden dafür genannt, dass man „mehr und Genaueres erwartet hätte“: dass der besprochene Sammelband im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gefördert wird und dass Diskussionen zu diesem Themenkomplex „Wurzeln [haben], die mehrere Jahrzehnte

zurückreichen“ und woraus „sehr einschlägig erscheinende Vorarbeiten“ entstanden sind. Klaus Selle stellt somit die Stringenz unserer Argumente mit Bezug auf ein vermeintlich konsolidiertes Wissen in Frage.

Fern davon, diese Kritik zu bagatellisieren, sehen wir hierin eine grundlegende Differenz in sozialwissenschaftlicher Haltung und heuristischer Perspektive. Es ist uns sehr wichtig, gerade im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und deren ausgesprochen anwendungsorientierten Diskurses einige Elemente des Zweifels gesät zu haben.

Dass unsere Problematisierung sehr wohl auf einer sorgfältigen Diskussion unterschiedlicher Formen und Handlungslogiken zivilgesellschaftlichen Engagements ausgeht (Beitrag Becker/Runkel, S. 122-131), sei hier beiläufig bemerkt. Problematisch ist aber vor allem, wie übersehen wird, dass es eine ausgesprochene Grundsatzentscheidung der Herausgeber ist, diese Aspekte an der Schnittstelle (bzw. an den vielfältigen und zum Teil nicht klar definierten oder erkennbaren, und daher ‚virtuellen‘ Schnittstellen) zwischen konkreten zivilgesellschaftlichen Praktiken und konkreten Stadtentwicklungspraktiken zu erörtern – und eben nicht in Zusammenhang mit und in Abhängigkeit von abstrakten Kategorien.

Dem liegen zwei Annahmen zu Grunde, die sich gegen die Vorstellung richten, der Themenkomplex Zivilgesellschaft-Stadtentwicklung könnte im Allgemeinen und insbesondere in Zusammenhang mit dessen Vereinnahmung durch die Nationale Stadtentwicklungspolitik anhand eines konsolidierten Wissens definiert werden. Zum einen geht es um die Tatsache, dass Zivilgesellschaftsforschung eine sehr geringe Thematisierung von Stadtentwicklungspolitik als eines spezifischen, durch eigene Logiken charakterisierten Handlungsbereiches aufweist. Gerade in einer authentischen interdisziplinären Perspektive sind die Schnittstellen zwischen Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung in diesem Sinne keineswegs weiträu-

Prof. Dr. E. Gualini (✉)
Lehrstuhl für Planungstheorie, TU Berlin,
Hardenbergstr. 40a, 10623 Berlin, Deutschland
E-Mail: e.gualini@isr.tu-berlin.de

fig erforscht. Zum anderen – und das ist wichtiger – ist die Weise, in der Stadtentwicklungsforschung zivilgesellschaftliches Handeln aufgefasst und sich thematisch zu eigen gemacht hat, weitgehend abhängig von Kontexten (im sowohl räumlichen als auch handlungslogischen Sinn), die einer spezifischen politisch-institutionellen Programmatik bzw. Handlungslogik entsprechen. Zivilgesellschaftsdiskurs in der Stadtentwicklungspolitik thematisiert kaum andere Handlungsräume als die, die institutionell dafür angeboten werden – wenn wir von Räumen des sozialen Antagonismus absehen, die die soziale Bewegungs- und Konfliktforschung untersucht.

Wie in der Einleitung zum Sammelband (Gualini, S. 7-16) argumentiert wird, ruft dies nicht nur zivilgesellschaftstheoretische, sondern im strikten Sinne politische Fragen auf, indem dadurch unter anderem der Mythos einer politisch unabhängigen oder gar ‚unpolitischen Zivilgesellschaft‘ entlarvt wird. Es gibt eine Wechselwirkung von Selbst- und Fremdsteuerung in der Zivilgesellschaft (Beitrag Adloff, S. 39-50), die es offen zu thematisieren gilt – und das gerade in Zusammenhang mit einer sich anbahnenden Revision des sozialpolitischen Rahmens, in dem Stadtentwicklungspolitik betrieben und gerechtfertigt wird.

Es geht also nicht nur darum, dass durch eine solche selektive Betrachtungsweise zahlreiche zivilgesellschaftliche Praktiken nicht erfasst und nicht als stadtentwicklungspolitisch relevant erkannt werden. Es geht auch darum, dass eine politisch-institutionelle Vereinnahmung von Zivilgesellschaft zu selektiven Auswirkungen führt, und dass eine entsprechende diskursive Erfassung der Thematik für Instrumentalisierungen anfällig zu werden droht.

Die Schnittstellen zwischen Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung zu erforschen, erfordert deshalb unseres Erachtens eine kategorial offene und explorative Haltung. Einem stipulativ-definitorischen Ansatz haben wir dementsprechend eine sozialwissenschaftliche Grundhaltung vorgezogen, die Praktiken ins Zentrum der Analyse rückt und eine phänomenologische Hinwendung zu ihrem Verständnis entwickelt. Dass eine entsprechende Forschungsprogrammatik zu diesem Themenkomplex erst einmal entwickelt werden muss und dass unser Band nicht mehr als einen Diskussionsanstoß dazu sein kann, ist nicht zu leugnen (Beitrag Becker/Runkel, S. 121 f.). Dies zu ignorieren bedeutet aber zu übersehen, dass es heutzutage keineswegs konsolidierte Ansätze und Methodologien der Forschung gibt, die der nicht reduzierbaren Vielschichtigkeit dieses Themenkomplexes gerecht werden können.

Nicht aber nur aus forschungsheuristischen, sondern auch aus kritischen Gründen stellt unser Band die Auffassung in Frage, dass eine Politik zur Förderung zivilgesellschaftlichen Handelns in der Stadtentwicklungspolitik von politisch-institutionellen Vorannahmen dessen, was sowohl unter ‚Zivilgesellschaft‘ als unter ‚Stadtentwicklung‘ ver-

standen werden sollte, gesteuert werden kann. So schließen z. B. Becker und Runkel aus ihrer Untersuchung erfahrungsbasierter Wahrnehmungen und Meinungsbilder von Akteuren, dass es keine Selbstverständlichkeit in den Motivationen und Dynamiken des Engagements in der Stadtentwicklung gibt und dass sowohl politisch-institutionelle als auch räumliche Faktoren maßgeblich dazu beitragen, dass Opportunitäten und Potenziale des Engagements wahrgenommen werden und dass eventuell Formen der Interaktion, Kommunikation und Kooperation zu öffentlichen bzw. marktwirtschaftlichen Instanzen entstehen, die eine konstruktive Schnittstelle zustande kommen lassen.

Umso grotesker erscheint die Aussage von Klaus Selle, unserer Arbeit hafte „ein Verständnis von Stadtentwicklung an, das durch das Vorhandensein einer zentralen steuernden Einheit geprägt ist“, die „über Aufgabenbestände zu verfügen [scheint], an deren Bearbeitung nun die Zivilgesellschaft beteiligt werden soll“.

Zugunsten dieser willkürlichen Pauschalisierung wird hier nicht nur ignoriert, dass mehrere Beiträge gerade der Hinterfragung dieses – nichtsdestotrotz zweifellos fortlebenden – Gedankengutes gewidmet sind. Es wird völlig übersehen, dass die im neuerlichen politischen Diskurs kursierenden Auffassungen der Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft wie die eines „aktivierenden“ oder „befähigenden“ bzw. „zutrauenden Staates“ – über korporatistische Delegation hinaus – einen ausdrücklichen kritischen Ausgangspunkt unserer Reflexion darstellen (Beitrag Gualini, S. 7-9).

Worauf der Rezensent aber erst gar nicht eingeht, ist unser Bestreben, die Thematik aus einer relationalen räumlichen Perspektive zu betrachten. Dass eine kritische Revision und Neubewertung räumlicher Konzepte und Auffassungen eine zentrale Frage der Stadtforschung sowie eine zentrale Herausforderung der Stadtentwicklungspolitik darstellt – in Zusammenhang mit einer neuen Phänomenologie des Städtischen und mit sich verändernden räumlichen Logiken staatlicher Regulationsmodi – wird weitgehend anerkannt. Und doch bleibt der Diskurs über zivilgesellschaftliches Handeln und bürgerschaftliches Engagement in der Stadtentwicklung weitgehend von räumlichen Handlungsrahmen abhängig, die spezifischen politisch-institutionellen Logiken entsprechen.

Klaus Selle erwähnt allerdings nicht, dass ein Schwerpunkt des Bandes gerade darin liegt, Wahrnehmungen, Motivationen, Opportunitätsstrukturen und Mobilisierungsdynamiken der Akteure in Zusammenhang mit den relational-räumlichen Eigenschaften ihrer Handlungsarenen zu analysieren. Dass dafür eine ganze Heuristik und die entsprechenden Methodologien noch zu entwickeln sind, ist uns klar. Ein stadtentwicklungspolitischer Diskurs jedoch, der sich einer kritischen Reflexion zur konstitutiven räumlichen Dimension öffentlichen und kollektiven Handelns entzieht, ist nicht auf der Höhe der Zeit.